

**INTERVIEW MIT JUDITH STAMM,
ALT NATIONALRÄTIN**

«Hat die Soziale Arbeit noch die Nähe zum wirklichen Leben?»

Das Interview führte Walter Schmid.

Frau Stamm, in einem Interview haben Sie einmal gesagt, Sie würden gerne einen Leitfaden schreiben zum Thema «Interviews – erlebt, erfahren und erlitten». Ich hoffe, dass Sie dieses Interview nicht als Leiden erleben werden und danke Ihnen herzlich, dass Sie sich zu diesem Gespräch bei uns hier an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit eingefunden haben. Welches waren denn Ihre ersten Bezüge zur heutigen Hochschule für Soziale Arbeit und Ihre Erinnerungen? Wenn ich mich recht erinnere, war ich sogar einmal im Vorstand der Schule bzw. der Schule im Hitzlisberg, der Tagesschule. Arthur Vogel war damals Rektor. Präsident war Dr. Alphons Beck, ein Rechtsanwalt aus Meggen. Die Menzinger Schwestern, denen das Gebäude der Schule gehörte, hatten auch immer eine Vertretung im Gremium. Mir blieb vor allem in Erinnerung, dass die Finanzierung ein ständiges, larmoyantes Thema an den Sitzungen war. Nach dem Klageged über fehlende Finanzen erfolgte dann das grosse Dankeschön an Menzingen für die Grosszügigkeit in der Frage des Gastrechts im Hause. Ich dachte immer: «Gopfried Stutz, kann man denn diese Einrichtung nicht einmal so sanieren, dass sie lebensfähig ist!» Zuerst begegnete mir also die Tagesschule. Das war die Zeit einer Schwester Eugenia Pia, die mir als Schulleiterin und Leuchtturm in Erinnerung blieb.

Und dann gab es noch die Abendschule. Die Gründung habe ich nur von Ferne erlebt. Josi Meier hatte sich tatkräftig für diese engagiert und sich nicht gescheut, gelegentlich ihren Sparstrumpf aus der Ecke des Kleiderschranks zu holen, um der Schule über die Runden zu helfen. Erster Rektor war Werner Ziltener. Er war Psychologe und beim Sozialmedizinischen Dienst in der Stadt Luzern tätig. Dann erinnere ich mich an

Dr. Hans-Ueli Kneubühler. Er war Ökonom der damaligen Hochschule St. Gallen. Später leitete Othmar Aregger die Schule, auch wieder ein Psychologe. Die Leute kannte ich alle von meiner Tätigkeit bei der Polizei her.

Sie machten Ihre Erfahrungen mit der Sozialarbeit bei der Polizei? Ich kam im Juli 1960 als junge Juristin zur Polizei als Polizeiassistentin. In den ersten Jahren erweiterten wir unser Team mit Sozialarbeiterinnen. Annelies Staffelbach und Olga Rogger stiessen zu uns. Nach meinem beruflichen Wechsel 1980 führte mich Hildegard Bitzi, «meine» Sozialarbeiterin, in die Arbeit der Jugendanwaltschaft ein. Dafür bin ich ihr heute noch dankbar.

Anzufügen wäre noch: Wer als Sozialarbeiterin bei der Polizei arbeitete, wurde von den Berufskolleginnen eher scheel angeschaut. Man arbeitete doch nicht in der gesetzlichen Sozialarbeit! Den Unterschied musste ich mir als Juristin erst einmal erklären lassen.

Bestanden solche Vorbehalte also schon damals? Eine kleine Anekdote dazu: Als Juristin hatte ich dieselben Aufgaben bei der Polizei wie zum Beispiel die Sozialarbeiterinnen Katrin Herzog und Bernadette Gut, die einige Monate vor mir bei der Stadtpolizei Luzern angestellt wurden. In den Vorträgen über unsere Arbeit sagten die Kolleginnen von der Stadt jeweils, der Kanton habe für diese Arbeit eine Juristin angestellt. Aber die mache es so gut wie eine Sozialarbeiterin. Schliesslich fragte ich mich: «Hallo? Warum so gut wie eine Sozialarbeiterin?» Da merkte ich, dass da grosse Vorbehalte mir als Juristin gegenüber bestanden, weil eine Juristin nichts von Menschlichkeit und vom Leben der Benachteiligten versteht. Das war so das Bild. So hatte ich zunächst gewisse Minderwertigkeitsgefühle, weil ich dachte, die Sozialarbeiter haben besseres Wissen vor allem in Soziologie und Psychologie. Umgekehrt wollten viele Sozialarbeiter doch nicht mit der Polizei zusammenarbeiten, um Gottes willen! Doch im Alltag war die Zusammenarbeit recht gut. Ich wurde auch zum Stamm der Sozialarbeiterinnen eingeladen. Und dann war es eben doch auch immer wieder einmal so: Wenn die Psychologen und Soziologen in einem schwierigen Fall ihr Pulver verschossen hatten, waren sie dann doch froh um die Polizei.

Hat die Zusammenarbeit nicht dazu geführt, dass Vorurteile abgebaut werden konnten? Mit der Zeit schon, aber es bestanden hartnäckige Zuschreibungen. Ich erinnere mich an einen Fall, wo ich ein Kind aus einer Familie holen musste. Das war ja immer die letzte Massnahme, die in Betracht gezogen wurde. Ich erkundigte mich vorgängig bei der zuständigen Sozialarbeiterin nach dem sozialen Umfeld der Familie. Da fragte mich die Sozialarbeiterin erstaunt: «Weshalb wollen Sie das wissen? Sie sind ja von der Polizei.» Ich erklärte ihr, dass auch wir von der Polizei einen solch schwierigen Eingriff so menschlich wie möglich gestalten wollten.

Hatten Sie Ihrerseits früher schon Bilder von der Sozialen Arbeit? Eigentlich kaum. Meine Mutter ist 1902 geboren. Ihre Schulfreundin wurde später als gestandene Frau im Dorf, wo sie wohnte, Fürsorgerin. Sie kam einmal mit einem Mädchen, das sie nach Altstetten in ein Heim bringen musste, zu uns nach Hause. Ich zweifelte nicht daran, dass dies eine gute Fürsorgerin war. Ich glaube aber nicht, dass sie eine Ausbildung als Sozialarbeiterin hatte. Später kamen dann die Ausbildungen mit all ihren Entwicklungsphasen. Zunächst hatte man den Menschen Schuhe gegeben, später hat man sie ermächtigt, sich selber Schuhe zu kaufen oder zu stehlen – ist mir ja egal! – und dann kam eine Phase, wo die Sozialarbeiterinnen zu Schmalspurtherapeuten wurden. Da habe ich auch Erfahrungen gemacht. Die Polizei war natürlich immer wieder einmal gefordert, einzugreifen. Und da sind wir gelegentlich auf Sozialarbeitende gestossen, die grösste Zurückhaltung übten. Wenn wir fragten, ob man nicht einmal eine Massnahme in Betracht ziehen sollte, dann hiess es immer, man müsse die Leute stützen und begleiten. Es gab dann aber auch Fälle, die sehr schief herauskamen, weil offenbar die Stütze zu wenig stark war.

Wenn ich Ihnen zuhöre, gab es wohl sehr viele Schnittstellen zwischen Ihrer Berufstätigkeit und der Sozialen Arbeit. Auch in der Jugendanwaltschaft hatte ich es natürlich mit Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen zu tun. Ich erinnere mich beispielsweise an meine Mitarbeiterin nach Hildegard Bitzi, Tullia Spörry. Die war picobello. Dann habe ich auch viel mit Romy Dormann, der Amtsvormundin, zusammengear-

beitet. Geblieben ist mir der Fall eines Mädchens, bei dem Romy nicht mehr weiterkam mit freiwilligen Massnahmen. Dann hatte das Mädchen eines Tages endlich ein Paar Stiefel gestohlen. Wir waren alle froh, weil man jetzt intervenieren konnte. Da haben wir zusammen dafür gesorgt, dass wir dieses Mädchen an einem guten Ort platzieren konnten. Dieses Mädchen hat sich danach sehr gut entwickelt. Es gibt viele solcher Geschichten. Auch bei einem Knaben vom Land musste ich mich einmal, als Jugendanwältin, bei einem Lehrer nach den Verhältnissen erkundigen. Auf meine Nachfrage rief der Lehrer erleichtert aus: «Hat der Fritzli endlich gestohlen?!» Als kantonale Stelle konnten wir eben Massnahmen anordnen, ohne zunächst eine Kostengutsprache einzuholen. Das Jugendstrafrecht, das ein Erziehungsrecht ist, gab uns viele Kompetenzen. Wenn wir den Eindruck hatten, dass das Kind raus müsse, dann konnten wir vorsorgliche Massnahmen anordnen.

Könnte man sagen, dass Sie auch bei der Polizei teilweise eine Art Sozialer Arbeit geleistet haben? Ja, das gab es immer wieder. Bei der Polizei war ich Kriminalbeamtin. Wir waren für Kinder, Mädchen und Frauen zuständig. Auch bei Sexualdelikten. Wir deckten auch den Graubereich zwischen Polizei und Sozialarbeit ab. Damals gab es die ausgebauten Sozialstellen im Kanton noch nicht. Ich erinnere mich: Wir bekamen einmal eine Meldung, es habe im Haus eine Frau, die Suizid begehen wolle. Sie rede immer davon. So sind wir am selben Abend zu zweit in eine Aussengemeinde ausgerückt. Die Nachbarin hat uns die Haustür geöffnet. Wir haben bei der betroffenen Person geläutet. Wir kamen in Zivil und zeigten unseren Ausweis. Wir sagten: «Wir haben gehört, es gehe Ihnen nicht gut. Können wir Ihnen helfen?» Dann haben wir mit der Frau zwei Stunden gesprochen. Sie hat uns ihren Herzschmerz erzählt. Diese Intervention war natürlich neben jedem gesetzlichen Auftrag. Aber es hat funktioniert.

Sie hatten offenbar viele Freiräume. Ja, das hatten wir, und wir handelten nach gesundem Menschenverstand. Von der Polizei, wo ich gegen grosse Widerstände als Frau zum Oberleutnant aufgestiegen war, wechselte ich später zur Jugendanwaltschaft. Als ich mich am Anfang an einer Tagung den

Jugendanwälten vorstellte, spürte ich wiederum grosse Vorbehalte. Ein Polizeioffizier als Jugendanwalt, wie kann man nur! Die meisten Kollegen waren Juristen oder kamen aus pädagogischen Bereichen.

Haben Sie in diesen Jahren Entwicklungen in der Sozialen Arbeit beobachtet? Da muss ich überlegen. Wahrscheinlich war ich später schon zu weit weg, um die verschiedenen Entwicklungen wahrzunehmen. 1971 bin ich in die Politik gegangen. Ich habe dann noch von ferne wahrgenommen, dass die Abendschule und die Tagesschule fusionierten.

Wie beurteilen Sie die Professionalisierung der Sozialen Arbeit, die seither stattgefunden hat? Was heisst denn da Professionalisieren? Ich stamme aus einer Generation, die einfach das, was sie macht, so gut wie möglich macht. Und wenn es dann Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, dann ergreift man diese. Ich hatte immer Respekt vor der Sozialen Arbeit. Unsere Sozialdienste waren ein Segen. Auch für uns von der Polizei. In den Grenzzonen «Kinder – Jugendliche – Familien» war da jemand, der sich der Probleme annahm. Ich habe dann aber bei den Leuten, die ich bewunderte, insbesondere den Stellenleitungen, auch ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl festgestellt. Ich habe ihnen dann gesagt: «Ihr habt es gut, ihr wisst von jedem Feld etwas.» Sie aber sagten: «Nein, wir haben es nicht gut, weil wir von allem nur ein bisschen wissen.» Die Professionalisierung ist aus meiner Sicht aber absolut notwendig. Die Welt wird immer komplexer. Das Faszinierende an den Sozialarbeitenden ist ihre Kenntnis des Lebens. Sie sind am Puls. Sie können sozialpolitische Früherkennung leisten. Zum Beispiel zu neuen Erscheinungen wie Kinder und Handykonsum. Da kommt ja auch etwas ganz Neues auf uns zu. Und wer ist eigentlich besser legitimiert, politische Kreise zu sensibilisieren, als die Sozialarbeitenden? Etwas Sorge macht mir allerdings, dass sich die Soziale Arbeit zu einer akademischen Disziplin entwickeln will. Ich frage mich: Eigentlich inskünftig die ausgebildeten Leute noch für den Umgang mit den Menschen in den Niederungen? Haben sie noch die Nähe zum wirklichen Leben? Wenn ich mir den Fachjargon anschau, auch, was ich hier im Gang am Anschlagbrett in eurem Haus zur Familienprävention gelesen habe, dann

frage ich mich, wer das eigentlich noch verstehen soll und ob es nicht einfacher ginge.

In Ihren Jahren im Nationalrat haben Sie sich grosse Verdienste um die Gleichstellung erworben. Wo lagen Ihre sozialpolitischen Interessen? Ist für Sie die Fristenlösung kein sozialpolitisches Postulat?

Doch, ja. Mit meinem Engagement für die Fristenlösung war ich sehr umstritten in meinen Kreisen. Ich war aber Mitglied der eidgenössischen Expertenkommission für die Revision des Strafrechts. Als Vertreterin der Innerschweiz, der CVP und Mitarbeiterin der Polizei war ich gewissermassen die ideale Quotenfrau. Ein absolutes Juwel! So konnte ich mich einbringen. Zunächst war ich für eine erweiterte Indikationenlösung, liess mich dann aber im Lauf unserer Beratungen von der Fristenlösung überzeugen. In dieser Debatte wurde der Grund für meine feministische Grundhaltung gelegt. Ich merkte, dass wir schwangere Frauen nicht noch mit weiteren Abklärungen und Rechtfertigungen vor Kommissionen belasten sollten, sondern ihnen den strafrechtlichen Freiraum schaffen müssen, damit sie selber entscheiden können. Und natürlich war ich auch für flankierende Massnahmen wie Hilfs- und Beratungsangebote. Und interessanterweise wurden viele der heutigen Angebote just in dieser Zeit aufgebaut, als eine Volksinitiative für eine Fristenlösung hängig war. Vor lauter Schreck vor der Fristenlösung haben sich weite Kreise aufgerafft und Hilfsangebote geschaffen. Mir kommt es so vor, als seien verschiedene Angebote eine Reaktion auf die Fristenlösung gewesen.

Gab es andere sozialpolitische Themen? Der Kampf gegen die Kindsmisshandlung war mir ein Anliegen und ich habe die Debatte mit einem Postulat angestossen. Dieses fand grosse Zustimmung. Die Parlamentarier haben sofort unterschrieben. Der Bundesrat hat umgehend gehandelt und eine Expertenkommission eingesetzt. Bundesrätin Dreifuss war zuständig. Man fand das eine gute Sache. Aber es war klar, dass die vorgeschlagenen Massnahmen vor allem Kantone und Gemeinden betrafen. Der Bund hat da nur wenig Einfluss. Vielleicht deshalb hielt sich der Bundesrat mit einer

eigenen Stellungnahme zum Thema zurück. Man musste ihn fast dazu zwingen. Doch das Postulat hat an der Basis doch Beachtung gefunden, scheint auch konkrete Auswirkungen gehabt zu haben.

Frau alt Bundesrätin Dreifuss sagt im Interview in dieser Schrift, dass die sozialpolitische Stimmung im Parlament in den 1990er-Jahren gekippt sei. Haben Sie das auch so wahrgenommen? Das könnte ich nicht so sagen. Ich habe darauf vielleicht zu wenig geachtet. Ich habe viele Dinge im Parlament, die andere erkannt haben und heute davon erzählen, gar nicht so wahrgenommen. Ich könnte auch nicht sagen, wer genau was gedacht und gemacht hat. Ich war einfach immer froh, wenn ich meine Anliegen einigermaßen heil über die Runden brachte.

Aber Erfolge im Parlament brauchen Zusammenarbeit und Allianzen. Ja, ich musste in Bern erst einmal lernen, dass Allianzen wichtig sind. Ich kam aus Luzern, wo die CVP im Kantonsrat früher einmal die absolute Mehrheit hatte. Wenn unsere Fraktion aufstand, war das Geschäft entschieden. In Bern war das anders. Wir allein konnten gar nichts erreichen. Wir mussten lernen, Kompromisse zu machen, für die wir dann zu Hause nicht selten gerügt wurden. Okay, manchmal muss man Kompromisse auch ablehnen und zu den eigenen Prinzipien stehen, auch wenn man mit wehenden Fahnen untergeht.

Wie damals, als Sie als Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft den Abstimmungskampf für die Vorlage des Bundesrates zur Solidaritätsstiftung und den Goldreserven unerschrocken anführten und ich Sie als verantwortlicher Projektleiter des Bundesrates kennenlernen durfte!



Judith Stamm, geb. 1934, ist in Zürich aufgewachsen. Sie studierte dort an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität und promovierte zum Thema «Das sexuell geschädigte Kind in der Strafuntersuchung». Ab 1960 arbeitete sie als erste Polizeiassistentin bei der Kantonspolizei Luzern, später als Jugendanwältin. Nach Einführung des Frauenstimm- und -wahl-

rechts trat sie der CVP bei und wurde 1971 als eine der ersten Frauen in den Luzerner Kantonsrat gewählt. Ab 1983 vertrat sie die CVP und den Kanton im Nationalrat, den sie 1996/97 präsidierte. Nach ihrem Rücktritt wirkte sie als Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft.